

Präsident Hauser faßte die ganze furchtbare Lage, zugleich aber das eiserne Verantwortungsbewußtsein der Christlichsozialen Partei damals in die Worte zusammen: „... Wir sind gezwungen, unser eigenes Todesurteil zu unterschreiben, es bleibt nichts anderes übrig, wir müssen ...“

* * *

Die Kämpfe in der Sozialisierungsfrage waren der Ausgangspunkt für die nach dem Friedensschluß am 17. Oktober 1919 neuerlich eingegangene Koalition mit den Sozialdemokraten. Grundlage dieser Koalition war ein Vertrag, in welchem bindende Abmachungen betreffend die Finanzreform, die Verfassung und Verwaltung, die Räteorganisation, den Schutz der staatsbürgerlichen Rechte, die Kommandogewalt bei der Wehrmacht usw. getroffen worden waren. Am gleichen Tage wurde neuerlich eine Regierung Renner gewählt, mit dem christlichsozialen Nationalrat Dr. Mayr als Staatssekretär für die Verfassung. Neben den Verfassungsarbeiten war es auch das neue Wehrgesetz, an dem die Partei in hervorragender Weise mitarbeitete und bei dem Doktor Mataja als Referent bestellt wurde.

Der für den 28. Februar 1920 einberufene Reichsparteitag hatte ausgiebige Arbeit zu leisten. Er fand seinen Abschluß in der am 2. März 1920 erfolgten Wahl Kunschaks zum Parteiohmann. Diese mit Stimmeneinhelligkeit erfolgte Wahl war ein Ausdruck des unbedingten Vertrauens in den christlichsozialen Arbeiterführer, ein Zeichen der Zusammenarbeit der Partei in Wien und in den Ländern.

Am 7. Juli 1920 wurde für die Uebergangszeit bis zu den am 17. Oktober 1920 stattfindenden Wahlen, das am Parteitag lebhaft diskutierte Proporzkabinett Mayr-Hanusch gewählt, dem der bisherige Kanzler Renner als Staatssekretär für Aeußeres angehörte. Die Zeit vom August 1920 an gehörte dann der Wahlbewegung, die alles in ihren Bann zog; und doch wurde am 1. Oktober 1920 die Verfassung erledigt, durch welche Mayr in unermüdlicher Arbeit alle Hindernisse überwindend seinem Vaterland, dem nunmehrigen „Bundesstaat Oesterreich“, die Grundlage des Bestandes gegeben hat; Wien wurde dadurch ein selbständiges Bundesland.

Den Lohn für alle diese Arbeit im Dienste des Volksganzen bringt der Wahltag, der 17. Oktober 1920 mit 82 christlichsozialen Mandaten, auf Grund von 1,204.912 Stimmen, denen 66 sozialdemokratische Mandate auf Grund von 1,022.660 Stimmen gegenüberstehen. Der neue Nationalrat tritt zum erstenmal am 10. November 1920 zusammen und wählt den Christlichsozialen Doktor Weiskirchner zu seinem Präsidenten. Der Bundeskanzler der am 20. November gewählten Bundesregierung Oesterreichs ist der christlichsoziale Innsbrucker Universitätsprofessor Dr. Michael Mayr. Am 8. Dezember wurde Dr. Ignaz Seipel zum Obmann der Christlichsozialen Vereinigung gewählt, eine Stelle, die er bald mit der führenden in der Regierung vertauschen sollte. Der Regierung Mayr war 1921 Schober gefolgt, der trotz aller Versuche, Bemühungen und Versprechungen die notwendige Auslandshilfe nicht erlangen konnte. Es schien die letzte Stunde Oesterreichs geschlagen zu haben, das Vertrauen in die Bestandsfähigkeit des

jungen Staates war in seinen Grundfesten erschüttert. Die Flucht vor der Krone war allgemein.

In dieser Lage berief nach der am 24. Mai erfolgten Demission Schobers die Christlichsoziale Partei, ihrer Verantwortung als der größten Partei des Nationalrates wohl bewußt, ihren Führer Dr. Seipel an das Steuer des Staates. Es gehörte zweifellos großer Mut dazu, ohne jede Machtmittel, im bloßen Vertrauen auf die Kraft der Idee diese Aufgabe zu übernehmen.

Am 25. Mai 1922 bereits hatte Dr. Seipel der Christlichsozialen Vereinigung ein Aufbauprogramm vorgelegt, das in den Grundzügen folgende Punkte enthielt: Aufnahme von Auslandskrediten, Bestrebungen der Regierung bei der Reparationskommission in Paris die Zurückstellung der Pfandrechte zu erreichen, eine ausländische Anleihe als Grundstock für die zu errichtende neue Notenbank, Reform der Finanzverwaltung, Erhöhung der Bundeseinnahmen, Selbstkostenbedeckung für die Bundesbetriebe, namhafte Ersparungen für den Bundeshaushalt innerhalb kürzester Frist, Sicherheiten für die zu errichtende Notenbank, Verpflichtungen des Bundes, weder selbst Geld mit Zwangskurs auszugeben, noch die neue Bank für staatsfinanzielle Zwecke direkt oder indirekt in Anspruch zu nehmen.

Die Christlichsozialen bildeten mit den Großdeutschen eine Regierungsmehrheit und so wurde am 31. Mai 1922 das erste Kabinett Seipel von den nichtsozialdemokratischen Parteien des Nationalrates gewählt. So ernst die Zeit war, politisch war doch ein Fortschritt erzielt worden, denn zum ersten Male einigten sich alle bürgerlichen Gruppen des Nationalrates auf eine einheitliche Marschordnung.

Die Etappen Prag-Berlin-Verona sind noch in unser aller Erinnerung und zuletzt Genf, wo der Bundeskanzler des kleinen armen Oesterreich mit der ganzen Kraft seiner Ueberzeugung am 6. September 1922 die Notwendigkeiten zur Rettung des Landes und damit auch Mitteleuropas darlegte. Vorher schon hatte er die Notendrucke stillgelegt und es waren auch andere Maßnahmen getroffen worden, um die Sanierung in Fluß zu bringen. In einer geradezu aufreibenden Versammlungskampagne bemühte sich Bundeskanzler Dr. Seipel dann auch, die Bevölkerung für den Gedanken der Sanierung zu gewinnen.

Am 17. April 1923 wurde dann das zweite Kabinett Seipel gewählt, bedingt durch die Verminderung der Ministerien.

Mitten in die Auswirkungen der Sanierung wurden am 21. Oktober 1923 Neuwahlen durchgeführt, die folgende Ergebnisse brachten: 82 Christlichsoziale 1,490.870 Stimmen, 15 Großdeutsche und Landbund 422.600 Stimmen, 68 Sozialdemokraten 1,311.870 Stimmen.

Von den alten Kämpfern der Christlichsozialen Partei hat Dr. Weiskirchner, der verdiente Kriegsbürgermeister Wiens, der Präsident des alten und auch des neuen Parlamentes, nicht mehr kandidiert, er setzte sich zur wohlverdienten Ruhe. Präsident des neugewählten Hauses wurde der Christlichsoziale Wilhelm Miklas. In der weiteren Folge kam es zu dem Attentat auf Dr. Seipel, das ihn durch Monate von jeder Tätigkeit fernhielt.

Am 30. September 1924 erst konnte Seipel, der Mann